

Artikel aus dem Wiesbadener Tagblatt

Warum es in Frankreich viel mehr Kinder gibt

Serie: Familien in Europa / Finanzhilfen verhindern, dass sich Frauen zwischen Karriere und Nachwuchs entscheiden müssen

Vom 11.06.2003

Von unserem Korrespondenten Peter Heusch

PARIS - Links wie rechts des Rheins muss wegen steigender Haushaltsdefizite der Gürtel enger geschnallt werden. Hier wie dort geht es um Subventionsabbau, Einschnitte in das soziale Netz und Ausgabenbeschränkung der Regierung. Trotzdem hat Frankreichs Premier Jean-Pierre Raffarin angekündigt, von 2004 bis 2007 pro Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich in die Familienpolitik zu investieren. Nicht nur aber auch aus demographischen Gründen, wie der Regierungschef unumwunden zugab.

Richtig ist, dass in allen Industriestaaten die Geburtenraten drastisch sinken. Aber mit durchschnittlich 1,9 Kindern pro Frau liegt Frankreich (Deutschland: 1,3) unangefochten auf Platz eins in Europa. Der Hauptgrund hierfür ist eine seit langem ganz bewusst auf die berufstätige Mutter zugeschnittene Familienpolitik. Diese lässt sich Vater Staat schon derzeit über 80 Milliarden Euro im Jahr kosten. Trotzdem will Raffarin nun weitere Mittel für bessere Betreuungsmöglichkeiten und neue Krippenplätze bereitstellen sowie die Geburtenprämie und das Erziehungsgeld erhöhen. Sein Ziel: eine Geburtenrate von 2,1!

Die wichtigste Neuerung ist ab dem 1. Januar 2004 eine Geburtenprämie von 800 Euro, die drei Monate vor der Niederkunft ausbezahlt wird. Bislang wurde zwar genau diese Summe bereits in vier Raten nach der Geburt überwiesen. Aber nur an etwa 60 Prozent aller Familien. Künftig soll der Anteil der Prämienempfänger auf 80 Prozent erhöht werden, allein Großverdiener bleiben ausgeschlossen. Neu ist auch, dass Mütter oder Väter, die schon ihr erstes Kind selber betreuen wollen und dafür ihre Arbeit aufgeben, drei Jahre lang monatlich 500 Euro Erziehungsgeld erhalten. Eine Summe, die sich den 160 Euro Kindergeld pro Monat hinzufügt. Diese Maßnahme ist jedoch nicht dem Willen geschuldet, die Mütter an den heimischen Herd zu binden. Sie soll ihnen lediglich die Möglichkeit zur Wahl geben, da vor allem in den Großstädten ein krasser Mangel an Betreuungsplätzen für Kleinkinder herrscht.

Nach wie vor gilt, dass das französische Modell in Europa bei weitem das frauenfreundlichste ist. Dafür sorgt neben Ganztagschulen - die auch die dem Kindergarten ähnliche Vorschule für die Kleinen ab drei Jahre einschließen - das Bemühen um den Ausbau des Netzes von öffentlichen Krippen. Parallel fördert der Staat die Anstellung von Tagesmüttern über steuerliche Anreize. Eine durchaus von Erfolg gekrönte Politik. Waren 1970 nur 60 Prozent der Französischen von 25 bis 45 Jahren berufstätig, sind es nun 80 Prozent.

Französischen haben es fraglos leichter, Familie und Job unter einen Hut zu bringen als etwa deutsche Frauen. Dazu trägt auch der Blick der Gesellschaft bei. Kindererziehung außer Haus hat in Frankreich Tradition und Karrierefrauen sehen sich schon deswegen nicht dem Vorwurf ausgesetzt, eine Rabenmutter zu sein. Zudem wird das Aufziehen von Kindern vom Staat konsequent unterstützt. Diese Unterstützung beginnt bereits mit der Säuglingsbeihilfe, die unabhängig vom Einkommen ab dem dritten Schwangerschaftsmonat und bis drei Monate nach der Geburt gezahlt wird. Kindergeld erhalten Familien ebenfalls unabhängig von ihrem Einkommen ab der Geburt des zweiten Kindes. Es steigt bei folgenden Kindern und mit zunehmendem Alter. Weitere Leistungen sind bei Berufstätigkeit beider Eltern Steuererleichterungen für Tagesmütter oder Betreuung daheim. Auch das dreijährige Erziehungsgeld (500 Euro pro Monat) bei Unterbrechung der Berufstätigkeit gibt es schon, aber bislang erst ab dem zweiten Kind. Insgesamt belaufen sich die direkten und indirekten Familienleistungen in Frankreich auf 4,5 Prozent des Sozialprodukts. Auch das ist europäische Spitze.



Kommunen erfüllen Pflicht nicht

Trotz bestehenden Rechtsanspruchs fehlen Kindergartenplätze in ausreichender Zahl

Vom 12.06.2003

Frankfurt/Wiesbaden. (dpa/rom) Obwohl ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz existiert, haben viele fast Dreijährige noch keinen: Wohin mit dem Nachwuchs, wenn an seinem Geburtstag Erziehungsurlaub oder Elternzeit enden, fragen sich derzeit manche Eltern im Rhein-Main-Gebiet bange.

In manchen der finanziell gebeutelten Kommunen sind Kindergartenplätze in diesem Jahr schwerer zu finden als in den vergangenen Jahren, vor allem für Knirpse, die nach Beginn des neuen Schul- und Kindergartenjahres ihr drittes Lebensjahr vollenden. Mancherorts fehlen aber auch Erzieher. In Frankfurt etwa lassen sich dem Schulamt zufolge von 11 000 Stellen in den städtischen Kindergärten stets 60 bis 80 nicht besetzen. Dabei hat sich zum Bedauern vieler Eltern an dem in einer Landes-Verordnung geregelten Mindeststandard von 1,5 Erziehern auf 25 Kindergarten-Kinder nichts geändert. Mütter und Väter legen nach Darstellung von Fachleuten bei der Wahl einer Kindertagesstätte (Kita) immer mehr Wert auf Bildungs-Angebote. Gefragt seien vor allem mehrsprachige Einrichtungen, Waldtage, naturwissenschaftliches Experimentieren und Spracherziehung.

Von "einem leicht sinkenden Versorgungsgrad" an Kindergartenplätzen in Frankfurt spricht Georg Müller vom Stadtschulamt. "Wir laufen den steigenden Kinderzahlen hinterher." Zwar reiche es erfahrungsgemäß aus, wenn 80 Prozent eines Jahrgangs ein Platz angeboten werden könne, das Ziel liege sogar bei 85 Prozent. 2002 habe Frankfurt jedoch nur noch etwa 77 Prozent der Dreijährigen einen Kindergarten-Platz anbieten können, trotz eines Zuwachses um 268 auf 17 564 Plätze. Die Gruppe der Kindergartenkinder werde 2004 voraussichtlich 23 450 ausmachen, 1750 mehr als 2000. "Wir müssen Eltern oft Plätze in der Peripherie anbieten, obwohl sie in der Innenstadt leben", berichtet Hermann Dorenburg vom Jugendamt in Offenbach. Im Kindertagesstätten-Entwicklungsplan sei Ende 2002 festgestellt worden, dass stadtweit mehrere hundert Plätze fehlten, die meisten in der City. Die Stadtverordnetenversammlung habe daher beschlossen, trotz des Sparzwangs 1,8 Millionen Euro für zusätzliche Plätze in den Haushalt zu stellen. Bis zum Sommer 2004 soll es deutlich mehr geben. In Darmstadt sind nach Auskunft von Sozialdezernentin Cornelia Diekmann (SPD) noch etwa 150 Eltern auf der Suche nach einem Kindergartenplatz. Die Stadt werde zwar dem Rechtsanspruch, den es bundesweit seit 1996 gibt, nachkommen können, allerdings könnten nicht alle Eltern ihre Kinder in einer Einrichtung in unmittelbarer Nähe zu ihrer Wohnung unterbringen.

Das Sozialministerium in Wiesbaden sieht keinen Mangel an Kindergartenplätzen. Der Versorgungsgrad liege landesweit bei 95,7 Prozent, berichtet Ministeriums-Sprecherin Petra Müller-Klepper. Mit geburtenschwachen Jahrgängen sei erst von 2010 an zu rechnen. Derzeit stagnierten die Geburtenzahlen. Manche Erzieher meinen, die Möglichkeit, Kinder künftig schon mit fünf Jahren einzuschulen, werde in den nächsten Jahren Kindergartenplätze schaffen.

Aber selbst wo rein rechnerisch kein Mangel herrscht, müssen einige Eltern wie in Offenbach weite Fahrtwege in Kauf nehmen oder sich mit Kita-Öffnungszeiten abfinden, die noch nicht einmal Zeit für einen Halbtagsjob lassen. Oft finden Väter und Mütter auch nur einen Platz in einer ungeliebten Einrichtung. Die Folge: "Viele warten lieber etwas länger auf einen Platz, um ihr Kind in der Kita unterzubringen, die ihren Betreuungserwartungen entspricht", sagt der Leiter des Gießener Jugendamtes, Andreas Prinz. In der mittelhessischen Stadt fehlten zwar noch keine Plätze, "seit zwei Jahren nähern wir uns aber allmählich der Vollauslastung an".

Auch in Fulda wird die Lage wegen der Finanznot von Jahr zu Jahr enger: "Dennoch werden wir unserem Anspruch gerecht, dass jedes Kind generell ohne Wartezeit einen Platz im Kindergarten bekommt", sagt Stadt-Sprecher Michael Schwab. Das hat Fulda zu einem großen Teil den Kirchen zu verdanken, sie sind Träger von 18 der 29 Kindergärten.

In Hanau müssen manche Eltern mehrere Monate auf einen Kindergartenplatz warten. Dabei hat die Stadt aber die Nöte der Familien im Blick, deren zweites Einkommen damit auf dem Spiel steht: "Wir können allen berufstätigen Eltern einen Platz anbieten", verspricht eine Sprecherin. Wichtig sind der Kommune auch Plätze für über Sechsjährige: "Wir wollen nicht, dass die Eltern bei Schulantritt ihren Beruf aufgeben müssen."

In den Kindergärten in Kassel gibt es nach Darstellung von Jugendamtsleiter Volkhardt Strutwolf zwar genügend Plätze für alle. Die langen Wartelisten für die einzelnen Einrichtungen lösten sich aber erst mit dem Start des neuen Schuljahres auf.

In Wiesbaden ist die Angebotssituation für das Kindergartenjahr 2002/2203 laut Kindertagesstättenkataster "sehr unbefriedigend". Nach diesem Kataster, erstellt vom Amt für soziale Arbeit, Grundsatz und Planung beträgt die tatsächliche Versorgung lediglich 76,1 Prozent. In einigen Stadtteilen ist die Situation erheblich schlechter als in anderen. So fehlen in Sonnenberg 140 Plätze, im Westend 313 Kindergartenplätze und in Biebrich 161 Plätze. Ähnlich düster die Lage in Dotzheim, wo 158 Plätze fehlen oder aber Kastel, wo ein Defizit von 138 Plätzen besteht. Dagegen haben allerdings auch einige Stadtteile ein Überangebot, wie etwa das Rheingauviertel mit 112 Plätzen, Amöneburg mit 28 Plätzen oder der Stadtteil Mitte mit 66 Plätzen. Insgesamt fehlen in Wiesbaden 915 Kindergartenplätze.



Mütter mit Teilzeitjobs Persönliche und familiäre Verpflichtungen

Vom 13.06.2003

BERLIN (dpa) - Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nahm deutlich zu. 35 Prozent der berufstätigen Mütter arbeiten inzwischen auf einer Teilzeitstelle. Bei den Vätern sind es erst drei Prozent. Gegenüber 1996 ist die Zahl der Väter, die teilzeittätig sind, aber um 38 Prozent auf 260000 gestiegen. Dieses Ergebnis des "Mikrozensus 2002" stellte das Statistische Bundesamt vor. Nach der repräsentativen Befragung von 830000 Menschen in 390000 Haushalten sind die Gründe für Teilzeit unterschiedlich. 77 Prozent der Frauen gaben persönliche und familiäre Verpflichtungen an. So arbeitet fast jede zweite Mutter in der Grundschulzeit des Kindes in Teilzeit. Dagegen gibt ein Viertel der in Teilzeit tätigen Väter an, eine Vollzeitstelle derzeit nicht zu finden. Bei Frauen sind dies 9 Prozent.

Zwischen Ost und West gibt es klare Unterschiede bei der Frauen-Erwerbstätigkeit. So waren vergangenes Jahr 73 Prozent der verheirateten Mütter im Osten berufstätig - im Westen 58 Prozent.

